

Chronik des Tages.

In Köln begann am Sonntag unter starker Teilnahme der 34. Deutsche Juristentag. Reichsjustizminister Dr. Bell hielt eine längere programmatische Rede. Reichsanwalt Dr. Marx und Oberpräsident Dr. Fuchs hatten schriftlich in warmen Worten ihrem Bedauern Ausdruck gegeben, nicht anwesend sein zu können.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat von Genf aus am Sonntag einen Automobilausflug nach Chamounix unternommen.

Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat seinen Urlaub angetreten, der Mitte Oktober beendet ist.

Die Ausbreitung der Typhusepidemie in Hannover ist besorgniserregend. Die Zahl der Erkrankten hat sich auf 637 erhöht. Die Zahl der Verstorbenen beträgt 13.

In Paris herrscht Erregung über die Rede Mussolinis anlässlich des Attentats. Der römische Polizeipräsident ist im Zusammenhang mit dem Attentat seines Amtes enthoben worden.

„Am die Seele des Volkes.“

In dem mit den Farben der deutschen Länder geschmückten Großen Gürzenich-Saale in Köln wurde am Sonntag von Senatspräsident, Universitätsprofessor Dr. Bieruszowski - Köln der 34. Deutsche Juristentag eröffnet. Unter den Ehrengästen befanden sich Kardinal-Erzbischof Dr. Schulte, Reichsjustizminister und Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Bell, zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsministerien aller Länder und der freien Städte, Vertreter der deutschen juristischen Vereinigungen in Deutsch-Oesterreich und der Tschechoslowakei und schließlich Vertreter der Universitäten Köln, Bonn und Jena. Zum Vorsitzenden des Juristentages wurde wiederum Geh. Justizrat Dr. Kahl, W. d. R., Berlin, gewählt. In einer kurzen Ansprache dankte er den deutschen Volksgenossen am Rhein für die Treue, die sie in schwerer Zeit dem Vaterlande gehalten haben und begründete bescheiden herzlich die Deutschen aus den noch besetzten Gebieten am Rhein und an der Saar. Er verband damit den ersten Appell nicht im Namen der auswärtigen Politik, sondern im Namen des ewigen heiligen Rechtes, doch endlich das Recht zu seinem Rechte kommen zu lassen, daß endlich die Einigung gefunden werde zwischen Rechtsansprüchen und persönlichem Gesetze, in dem sich die Weiterentwicklung der Weltgeschichte vollziehen sollte.

Nach einem Willkommensgruß des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Udenauer ergriff der Reichsminister der Justiz, Dr. Bell, das Wort zu längerer Ausführungen. Er wies darauf hin, daß genau vor einem Jahrhundert, als Preußen und die anderen deutschen Länder unter den verheerenden Wirkungen des napoleonischen Krieges unjagbar litten, der berühmte Rechtslehrer von Savigny in einer epochenmachenden Schrift die grundlegende Frage nach dem Verufe der damaligen Zeit zur Gesetzgebung erörtert habe. Er erinnerte sich, dieses Grundproblem neuerdings aufzuwerfen. Wenn wir aber der nationalen Wiedergeburt unseres Volkes und dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes zielbewusst und wirksam dienen wollten, dann müßten wir über alle Hemmungen hinweg tatkräftig auch der Reform des deutschen Rechts dienen. Gesetzgebung und Rechtsprechung dürften keine Fremdbörper im Volksgesetz sein. Von einem großen Auge müsse das gesamte Reformwerk der Rechtsentwicklung beherrscht sein. Die durch Krieg und Kriegswirkungen verursachte Ueberforderung der Gesetzgebung müsse tüchtigster Vereinfachung in den Grundgedanken und Zusammenfassung in den Zweckbestimmungen den Platz räumen. Dabei dürften Rechtsfindung und Rechtsprechung der Fortentwicklung in Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Sozialleben nicht nachhinken, sondern müßten mit ihnen in gleichem Schritt marschieren. Von staatspolitischen, wirtschaftlichen und sozialer Fortentwicklung sollten auch die auf den verschiedensten zivil- und strafrechtlichen Gebieten gelagerten Reformwerte durchdrungen sein, die jetzt in Vorbereitung sind und der möglichst baldigen Verabschiedung entgegengeführt werden sollen.

Dr. Bell ging dann auf verschiedene Teile der Rechtspflege genauer ein und streifte die im Werden begriffenen Reformarbeiten. Er sprach von der Reform des Aktienrechts und von der Strafrechtsreform. Er betonte, daß Theorie und Praxis befruchtend aufeinander einwirken müßten und daß niemals die Fühlung mit dem Leben verlorengehen dürfe. Dieser Schmerz erfülle alle an der Rechtspflege beteiligten Organe angesichts der Vertrauenskrise, die unsere Rechtspflege bedrohe. Aus lebhaften und zum Teil leidenschaftlichen Erörterungen klinge der Ruf: Das Recht in Rom! Alle Mann an Bord! — Wenn diese Sorge berechtigt sei, wenn Wunden am Rechtskörper zu heilen seien, so lägen hier Aufgaben, an deren Lösung jeder deutsche Jurist sein Bestes setzen solle. Im vaterländischen Interesse gebiete sich aber die beschränkende Mahnung, bei aller Kritik den Boden der Sachlichkeit nicht zu verlassen und sich vor verallgemeinernden Aussagen zu hüten. Verhängnisvolle Ungerechtigkeiten würde es vor allem sein, den deutschen Richterstand für Verfehlungen und Mißgriffe Einzelner verantwortlich zu machen.

Der Redner erwähnte auch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und meinte, dieser Eintritt bedeute einen wesentlichen Fortschritt vom Standpunkt der Pflege des öffentlichen und internationalen Rechts aus. Die bedeutungsvollen Arbeiten der Juristentagung aber sollen dazu beitragen, daß sich Gesetz und Rechte nicht mehr, wie es das Dichtwort für die Vergangenheit ausgesprochen habe, wie eine ewige Krankheit fortzuschleppen. Die Parole des Juristentages solle lauten: „Wir müssen ringen um die Seele des Volkes!“

Die Wahl der Nichtständigen.

Voraussichtlich am Mittwoch.

Das Bureau des Völkerbundes hat in seiner Montagssitzung beschlossen, am Mittwoch nachmittag eine Vollversammlung abzuhalten und das Projekt über die Erweiterung des Völkerbundes durchzuführen. Am gleichen Tage oder noch in der Vormittagsitzung des Donnerstags soll dann die Wahl der nichtständigen Mitglieder vorgenommen werden.

Die Londoner „Times“ befaßt sich in ausführlicher Weise mit der Frage der Verteilung der nichtständigen Mitgliedschaft. In dem Bericht heißt es u. a., es sei keineswegs sehr leicht, für die neuen nichtständigen Mitgliedschaft geeigneten Kandidaten zu finden. In verschiedenen Ländern, wie in Griechenland und Portugal, seien die politischen Verhältnisse so unsicher, daß eine Wahl dieser Staaten in den Völkerbund zur Zeit nicht wünschenswert erscheine. Die letzten Ereignisse in China ließen auch die Möglichkeit einer Kandidatur dieses Staates fraglich erscheinen. Für den Fall, daß China nicht gewählt werden sollte, werde man einen anderen asiatischen Staat kandidieren lassen, wahrscheinlich Persien oder Siam. Einer Vereinbarung zufolge soll Rumänien in diesem Jahr die Tschechoslowakei in der Vertretung der kleinen Entente im Völkerbund ablösen. Ferner soll an die Stelle Schwedens Holland treten. Man rechne außerdem mit einer Wiederwahl Belgiens und einer Renewal Finnlands.

Stresemanns Ausflug ins französische Gebiet.

Zu Begleitung von Familienangehörigen, sowie von Staatssekretär von Schubert und Dr. Gaus unternahm Reichsaussenminister Dr. Stresemann von Genf aus am Sonntag einen Automobilausflug nach Chamounix, am Fuße des Montblanc. Die Grenzüberquerung ging ohne Zwischenfall vonstatten, trotzdem die Delegationsautomobile aus der ganzen Fahrt die Reichslage Chamounix. Chamberlain soll ebenfalls am Sonntag in Chamounix gewest haben, zu irgendwelchen Verhandlungen soll es hierbei jedoch nicht gekommen sein. Dagegen sind, wie erneut berichtet wird, bereits in der vergangenen Woche von englischer und belgischer Seite Vorschläge gemacht worden, eine Vermittlerrolle in den für Frankreich und Deutschland so wichtigen Fragen der Rheinlandsbesetzung zu übernehmen. Schon am Sonnabend hatte das Organ „L'Echo“, das „Petit Journal“, geschrieben, es könne nicht zweifelhaft sein, daß die französische Regierung einer deutschen Bitte um Herabsetzung der Rheinlandtruppen entsprechen werde, wobei sie ihrerseits Gegenforderungen stellen würde, die einen Beweis für den guten Willen Deutschlands bedeuten sollten.

Politische Rundschau.

Berlin, den 14. September 1926.

Am Sonntag ernannten die vereinigten Gemeinden Dietramszell und Schönbegg den Reichspräsidenten v. Hindenburg in feierlicher Weise zum Ehrenbürger. Die Bürgermeister sowie Mitglieder des Gemeinderates überbrachten dem Reichspräsidenten die Ehrenbürgerurkunde, zugleich mit einem Gemälde des Schlosses Dietramszell.

Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold empfing am Sonnabend die Beamten seiner Ministeriums, um ihr Erhalten und Ziele der eingeleiteten Umbildung des Reichsfinanzministeriums darzulegen.

Unter Beteiligung von etwa 20 000 Allgäuern und zahlreichen Teilnehmern aus den benachbarten Gebieten fand am Sonntag in Memmen der zweite Allgäuer Katholikentag statt. Ministerpräsident Dr. Heß sprach über die Pflichten des Katholiken gegenüber seinem Vaterlande.

Große Anschließungsgebung in Düsseldorf. Unter dem Motto „Donau-Rhein“ eröffnete Oberbürgermeister Dr. Lehr in der Rheinhalle eine große Anschließungsgebung. Er wies auf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hin. Die Grundlage für ein gedeihliches Zusammenarbeiten im Völkerbund sei die Gerechtigkeit, die auch allen Deutschen zuteil werden müsse. Reichspräsident Ebert hielt das Hauptreferat und führte aus: „Vorbei ist die Zeit, wo andere über uns bestimmten. Der Vorwurf, den Staatsmänner des Südens und Westens uns machen, daß die österrreichs-deutsche Anschließungsgebung eine Gefahr für die Befriedung Europas bedeute, ist unrichtig.“ Unter großem Beifall ergriff nunmehr Bundeskanzler a. D. Dr. Renner-Wien das Wort und führte aus, daß das Prinzip der nationalen Staatenbildung heute durch die ganze Welt gehe. Nur uns Deutsche wolle man davon ausschließen. Deutsch-Oesterreich sei früher der Kopf eines vielfältigen Staatsgebildes gewesen und sei diesen Aufgaben immer gerecht geworden. Man habe verschiedene Nationen ihr Selbstbestimmungsrecht gegeben, es aber Deutsch-Oesterreich verweigert. So könne es seine großen Kulturaufgaben nicht erfüllen. Nur im Verbands mit Deutschland sei es möglich, den alten Kulturstand zum Nutzen der ganzen Welt wieder zu erreichen. In Genf sei man ernüchtert bemüht, den Bund der Völker herzustellen. Aber die deutschen Stämme dürften sich nicht vereinen. Man vertritt die Idee eines Panuropa; den Zusammenschluß der Deutschen aber bekämpft man.

Zur Verhaftung eines deutschen Obersten bei den Mandern der französischen Rheinarmee, angeblich wegen Spionage, wird aus Paris mitgeteilt, daß dies Gerücht dementiert werden könne. Es handle sich in dem vorliegenden Falle keineswegs um Spionage, sondern lediglich um die Uebertretung einer Verordnung des Hauptquartiers, wonach Deutsche ohne besondere Erlaubnis den Bewegungen französischer Truppen nicht folgen dürfen. Es bestehe daher kein Grund, dem Vorfall die Bedeutung und Schwere beizumessen, wie das geschehen sei.

Rundschau im Auslande.

Der „Chicago Tribune“ wird aus Genf gemeldet, daß Besprechungen über die sofortige Aufnahme der Türkei in den Völkerbund unter gleichzeitiger Gewährung eines Elbes im Völkerbundrat im Gange seien. Die Verhandlungen würden von Dr. Jowenel, dem früheren Oberkommissar von Syrien, geleitet.

Wie aus Brüssel berichtet wird, wird sich der belgische Minister Francqui auf Anregung Chamberlains, mit dem Bänderbesuch in Genf über die Finanzlage Belgiens Besprechungen hatte, in besonderer Mission nach London begeben.

Vondoner Blättern zufolge haben alle Bezirksverbände der Grubenbesitzerorganisation es abgelehnt, dem Bergwerkverband Vollmacht für Verhandlungen über die Regelung der Streitigkeiten im Kohlenbergbau auf nationaler Ebene zu erteilen.

Die spanische Volksabstimmung.

Da alle diejenigen, die mit Primo de Rivera Regiment nicht einverstanden sind, bei der Abstimmung ausbleiben, bedeutet diese sondersbare Wahl also nur eine Sammlung von Zustimmung, jedoch ein „großer Sieg“ des Diktators sicher ist. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Gendaye soll die Polizei in Barcelona eine Reihe von Personen, die öffentlich für Stimmenthaltung bei dem Plebiszit eingetreten sind, verhaftet und mit einer Geldstrafe von je 500 Peseten bestraft haben. Der Klerus habe nunmehr alle Gläubigen aufgefordert, das Manifest der patriotischen Union zu unterzeichnen. Dem Vertreter eines Pariser Blattes gegenüber äußerte sich der spanische Diktator über sein neues Parlament und den Zweck der bevorstehenden Nationalversammlung. Das neue Parlament würde sich nach keiner der bestehenden Formen richten. Man beschuldige Spanien oft, daß es veraltet und rückständig sei. Man werde sehen, wie es sich auf einen vollkommen modernen Weg begeben. Primo de Rivera fügte hinzu, er glaube, daß das Experiment allgemein interessanter werde. Er habe leidenschaftlich, daß sich in den Debatten Männer von Wert zeigen würden, denen er allzu gerne die Regierung übergeben würde. Denn er sei nicht zu seinem Vergnügen Diktator.

Schwerer Stand der neuen griechischen Regierung.

Nach einer Meldung des „Journal“ aus Athen seien die mazedonischen Garnisonen starke Feindseligkeiten gegen die neue Regierung Konstantinopels. Ebenso machen sich auch in anderen Teilen des Landes Bewegungen in der Armee bemerkbar. In Athen wird das Parlament mit Anfanterie und Maschinengewehren bewacht. Einmalig rojalistische Vorkämpfer sind wieder freigelassen worden, Admiral Konduriotis hat sich geweiht, eine Proklamation zu unterzeichnen, die General Konstantinopels vorbereitet hatte und die Haltung der Regierung bei Unterdrückung des letzten Aufstandes rechtfertigen sollte. Admiral Konduriotis hat Athen verlassen.

Am die Chorzow-Werte.

Der misshandete Haager Schiedspruch. Man muß sich fragen, welchen Zweck die Urteile des Haager Schiedsgerichts eigentlich haben, wenn es dem Schuldigen überlassen bleibt, sich zu fügen oder nicht. Bekanntlich ist im Haager erklärt worden, Polen habe kein Recht, die Stahlfabrik Chorzow zu beschlagnahmen. Sie seien deutsches Eigentum. Polen hat diesen Spruch einfach ignoriert.

Erst jetzt findet die polnische Regierung Gelegenheit, in einer Note an Deutschland den Vorschlag zu machen, Verhandlungen einzuleiten.

Gibt es da noch etwas zu „verhandeln“, nachdem im Haager das Urteil gefällt wurde? In der polnischen Note werden zunächst direkte Verhandlungen zwischen den Bayerischen Stahlfabrikanten und Chorzow über Entschädigungsansprüche vorgeschlagen und eventuell Verhandlungen beider Regierungen, wenn eine direkte Verständigung nicht erzielt wird.

Es wird dabei zunächst noch heftig dagegen protestiert, daß etwa über das Eigentumsrecht an Chorzow verhandelt werden könnte. Es müßten nur die Entschädigungen für die in Chorzow ausgeübten Patente vereinbart werden. Gleichzeitig wird von Konferenzen des Handels- und des Finanzministers berichtet, die die Anlage eines neuen polnischen Stahlfabrikwerkes an einem anderen Orte betreffen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Handelsvertrag sollen am 28. September wieder aufgenommen werden.

Die Freundschaft ist gefährdet.

Pariser Erregung über Mussolinis Anspielungen.

Die Rede Mussolinis vom Balkon des Palazzo Chigi in Rom anlässlich des neuen Attentats hat in Paris große Erregung hervorgerufen. Besonders der Satz:

„Man muß Schluss machen mit einer gewissen Kraftbaren und unerhörten Duldbarkeit jenseits der Grenze, wenn man wirklich auf die Freundschaft des italienischen Volkes Wert legt, eine Freundschaft, welche Ereignisse dieser Art verhängnisvoll gefährden könnten.“

Hierbei wurde Mussolini von dem Ruf unterbrochen: „Die Freundschaft ist bereits gefährdet.“

Der französische Vorkämpfer in Rom hat im Auftrag der französischen Regierung bei Mussolini offiziell gegen einen diesbezüglichen Zeitungsartikel Protest erhoben.

Verhaftungen in Rom.

Die Polizei in Rom war peinlich überrascht, als sich herausstellte, daß der Attentäter La Scala Perzonalien angegeben hatte. Er heißt nicht Giovanni, sondern Gino Lucetti, ist 26 Jahre alt, Bauarbeiter und stammt aus Vercenza. Auch kam er nicht direkt aus Frankreich, wenn er auch seinen Wohnsitz in Marseille hatte, sondern befindet sich schon seit dem 2. Februar in Rom. Die Polizei hat Grund zur Annahme, daß er das Werkzeug einer weitverbreiteten Verschwörung ist. Es wurden deshalb zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Beginn der Kölner Herbstmesse.

Der Reichsjustizminister über die außenpolitische Lage.

Am Sonntag wurde die Kölner Herbstmesse eröffnet. Als erster Redner ergriff Oberbürgermeister Dr. Udenauer das Wort. Endlich schenke eine gewisse Erholung im Wirtschaftsleben eingetreten zu sein und allmählich der Aufstieg zu kommen, wenn auch langsam. Auch im Auslande sei eine Entspannung eingetreten. Dann sprach der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Dr. G. Duisberg. Er bat die gesamte deutsche Wirtschaft überall, wo es möglich sei, sich wissenschaftlicher Methoden zu bedienen und dabei die akademische Jugend heranzuziehen.

Während des Banketts, das der Kölner Messenamt zu Ehren der Pressevertreter gab, erschien der Reichsjustizminister Dr. Bell im Saale und ergriff das Wort zu einer Rede, in der er in temperamentvollen Worten sich vor allem mit der außenpolitischen Lage beschäftigte.